

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,**

**sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder**

**sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverwaltung,**

**liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

mitten in die Vorbereitungen für diese Haushaltsrede platzte die Nachricht über die Auflösung des Landtags in Nordrhein Westfalen. So beschäftigen wir uns also heute mit einem Zahlenwerk, das teilweise fiktiv ist und die wenigen signifikanten Eckwerte wie Schlüsselzuweisungen und Kurortehilfe in Frage gestellt sind.

Grund für die Auflösung war der gescheiterte Haushaltsentwurf Landesregierung, der eine Verschuldung von 4 Mrd. € vorsah. Geld was auch den Kommunen in NRW und auch uns zu gute kommen sollte. Die CDU lehnte dies ab, die FDP wollte in der dritten Lesung zustimmen, hatte aber nicht mitbekommen, dass sie sich schon bei der zweiten Lesung hätte bewegen müssen.

Nun befindet sich die FDP im freien Fall und hofft, dass sie, wenn sie aufschlägt etwas Rückgrat spürt. Es ist einfach als Opposition dagegen zu sein. Doch profilieren kann man sich auf Dauer durch eine solche Haltung nicht.

CDU und FDP stellen sich in Nordrhein-Westfalen dar als Wächter der Geldstabilität und stellen Forderungen, von denen sie wissen, dass sie nicht einzuhalten sind.

Herr Röttgen als Mitglied der Bundesregierung ist mitverantwortlich dafür, dass die Schulden des Bundes in den letzten 5 Jahren um 6 Billionen € gestiegen sind. Ein so drastischer Anstieg, wie zuvor noch nie in den 60 Jahren der Bundesrepublik.

Selbst unser Bürgermeister kritisiert zu Recht, die mangelnde Bereitschaft des Bundes den notleidenden Kommunen zu helfen Ihren Verpflichtungen nachzukommen und soziale Leistungen entsprechend zu refinanzieren. Stattdessen werden Banken unterstützt und Kapitalerträge abgesichert.

Und wie sieht es in Nordrhein Westfalen aus?

Der Haushaltsentwurf der Rot-Grünen Regierung wurde nicht angenommen und die Opposition verunglimpft die Ministerpräsidentin als „Schuldenkönigin“.

Wie kurz doch das Gedächtnis mancher Politiker ist!

Wie sonst ist es zu erklären, dass der letzte Haushaltsentwurf in 2010 von CDU und FDP, mit einer Neuverschuldung von 6,6 Milliarden € deutlich mehr Schulden machte, als der von 2012. Da war damals Herr Rüttgers wohl der „Schuldenkaiser“.

**Herr Bürgermeister,**

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

Hannelore Kraft und die Rot-Grüne Landesregierung haben in den 2 Jahren gut gearbeitet. Sie haben Versäumnisse der vorherigen Regierung korrigiert. Geld in die frühkindliche Erziehung gegeben, schulische und berufliche Ausbildungschancen verbessert, ohne Studiengebühren, gleiche Bildungschancen geschaffen.

Den kaputt gesparten Kommunen wieder ein wenig Luft zurückgegeben, damit sie endlich die dringend notwendigen Investitionen vor Ort tätigen können. Von dieser Wirtschaftsförderung profitieren alle – auch Winterberg, was z.B. an der geplanten neuen Turnhalle für unser Gymnasium deutlich wird.

**Meine Damen und Herren,**

dieser Exkurs zur Landespolitik war nötig, denn wir sind ja abhängig vom Gemeindefinanzierungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ziemlich genau vor einem Jahr haben wir uns hier auseinandergesetzt über den richtigen Weg zur Gemeindefinanzierung. Neben dem Sozialkostenindex wurde von uns allen auch der Flächenansatz als Bemessungsgrundlage gefordert. Schon damals prophezeite ich, dass dies geschehen würde. Und die rot-grüne Landesregierung hat „geliefert“ und diesen Flächenansatz eingeführt.

Auch die Kurortehilfe wurde beibehalten und Winterberg ist mit rund 730.000 € Unterstützung Spitzenreiter in NRW.

Dennoch beklagt der Bürgermeister bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs die Verringerung der Schlüsselzuweisungen aufgrund des geänderten Sozialkostenindex.

Nun dazu hatte ich letztes Jahr bereits gesagt, dass wir froh sein können für in Not geratene Mitbürger nicht so viel aufwenden zu müssen, wie die großen Städte an Rhein und Ruhr, die einen Strukturwandel zu verkraften haben, wie wir ihn uns gar nicht vorstellen können. Auch kann man nicht erwarten, dass, wenn die Einnahmen der Gemeinde durch Gewerbesteuer und andere Erträge steigen, die Unterstützung durch Schlüsselzuweisungen vom Land gleich hoch bleibt.

Der Bürgermeister und der Kollege Pieper sprechen immer gerne von den sozialen Lasten, die die Haushalte bedrohen. Vergessen wird meiner Meinung nach dabei, dass es sich um Leistungsgesetze handelt, auf die, die Bürger unserer Gemeinde Anspruch haben.

Dieser Leistungsanspruch bedingt viele Arbeitsplätze in unserer Stadt, die teilweise oder ganz und gar aufgrund des Anspruches entstanden sind. Das Krankenhaus, Kindergärten, Pflegeeinrichtungen in Neuastenberg, Silbach, Winterberg, notwendige ambulante Dienste etc. stellen wichtige Arbeitsplätze dar, die der

Kommune Einkommenssteueranteile sichert und ohne die eine moderne Gesellschaft nicht denkbar wäre. Aber natürlich, diese Aufgaben müssen auch ausreichend finanziert werden.

Und hier ist neben dem Land vor allem auch der Bund gefordert.

Aus diesen Gründen unterstützt die SPD Fraktion ausdrücklich die Forderung des Bürgermeisters nach der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung im Alter und an den Kosten der Eingliederungshilfe.

Gleiches gilt für die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Meine Damen, meine Herren,

wir sind stolz auf unser Grundgesetz, das politisch Verfolgten Asyl zusichert und erfüllen diese Aufgabe gerne. Aber die Kommunen müssen bei diesen Aufgaben auch hier finanziell so ausgestattet werden, dass sie diese Leistungen auch erfüllen können. Zumindest die Gesundheitsvorsorge für Asyl suchende und Flüchtlinge muss gewährleistet werden, um Risiken für die Haushalte der Kommunen zu minimieren.

**Hier bitten wir die Verwaltung, initiativ zu werden und zu prüfen welche Möglichkeiten bestehen ggf. einen Versicherungsschutz zu erwirken oder eine gemeinsame Initiative mit anderen betroffenen Kommunen zu gründen mit dem Ziel die Haushaltsrisiken durch Krankheit von Asyl suchenden zu reduzieren.**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,**

trotz sehr hohen Einnahmen bei der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil der Einkommensteuer und nahezu unveränderten Landesmitteln gelingt es im Ergebnisplan nicht den Haushalt für 2012 auszugleichen ohne die Ausgleichsrücklage zu belasten.

**Bei 27.568.276,00 € an Erträgen im Ergebnis haben wir**

**Aufwendungen in Höhe von 28.699.922,00 €**

**Die Differenz von 1.131.646 € müssen wir aus der Ausgleichsrücklage nehmen.**

**Solange wir dies noch können.**

Die Systematik des NKF macht so den Substanzverlust einer Gemeinde deutlich und weist darauf hin, dass es gilt gegen zu steuern wenn Rücklagen gebraucht oder gar aufgebraucht werden.

Dass dies in den nächsten Jahren der Fall sein wird zeigt ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung. Auch die Jahre 2013, 2014 und 2015 schließen mit einem negativen Ergebnis ab und müssen ausgeglichen werden.

Auch wenn Sie Herr Bürgermeister immer wieder betonen, dass wir nicht in die Haushaltssicherung müssen und „frei in unserem Handeln“ bleiben, so ist dies doch auf Dauer nicht zu verantworten. Ziel muss es sein ausgeglichene Haushalte zu erwirtschaften, um dann auch mal irgendwann über eine Reduzierung der Schulden nachzudenken.

Auf unsere Schuldenlast, möchte ich hier gar nicht näher eingehen. Vor dem Hintergrund der Zahlen die durch die Presse rauschen, Millionen für die Stadt, Milliarden für das Land und Billionen für den Staat.

Es fällt schwer die Nullen zu zählen und einigermaßen nachzuhalten. Rechnet man es pro Kopf und das ist leichter zu behalten sind es für jeden Deutschen Bürger ca. 25 tausend € mit denen er irgendwo in der Kreide steht, wenn er nicht gerade Bankier ist oder Schuldverschreibungen besitzt.

### **Nun sehr geehrte Ratskollegen**

und da sind wir uns oft einig, es ist schwer, wenn nicht unmöglich, in einer Kommune einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen und alle Aufgaben zu erfüllen, wenn sie nicht ausreichend erstattet werden.

Es sei denn man verzichtet ganz und gar auf die wenigen freiwilligen Leistungen.

Was heißt dies aber tatsächlich?

Ein solcher Verzicht würde bedeuten:

- keine Wirtschaftsförderung zu betreiben,
- die Bobbahn oder die Schanzen nicht in Stand zu halten.
- die Vereine nicht mehr zu unterstützen,
- auf den Bau von Schwimmbad und Sportplätzen zu verzichten,
- Schulen nicht bestmöglich auszustatten,
- Gebäude nur notdürftig in Stand zu halten

**Sie sehen, natürlich ist sparen wichtig, aber nicht zu jedem Preis.**

Kommunen müssen handlungsfähig bleiben. Sie müssen Ihren Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft ein lebenswertes, tragfähiges und attraktives Gemeinwesen bieten können.

**Aus diesem Grund hat unsere Fraktion den Beschluss zur Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrags auch mitgetragen.**

Der Fremdenverkehrsbeitrag, - seinerzeit ja von den Kollegen der FDP ins Gespräch gebracht, - erfasst alle Akteure, die vom Tourismus profitieren. Ein solcher Beitrag bezieht auch die Freiberufler und Gewerbetreibende ein, die nicht durch die Gewerbesteuer erfasst werden. Dies begrüßen wir, denn letztendlich verdienen viele Menschen unserer Stadt am Tourismus und seiner Infrastruktur.

Der Tourismus ist der stärkste Wirtschaftsfaktor der Stadt, auch wenn ich mir mehr produzierendes und verarbeitendes Gewerbe für Winterberg wünschen würde, so sichert der Tourismus doch vielen Bürgerinnen und Bürgern ihr Einkommen.

Wenn wir das gewohnte Niveau der Tourismus und Wirtschaftsförderung erhalten wollen, ist eine andere, zusätzliche Form der Finanzierung notwendig.

Die SPD Fraktion sieht die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrags in erster Linie als notwendige Investition, um auch in Zukunft erfolgreich auf die Anforderungen der Branche zu reagieren. Eine gerechte Beteiligung der Profiteure an den Kosten halten wir daher für eine gute Lösung.

Das an den Einnahmen aus diesem Beitrag auch die Fremdenverkehrsvereine beteiligt werden müssen, ist für unsere Fraktion selbstverständlich.

### **Sehr geehrte Damen und Herren,**

die Winterberg Touristik und Wirtschaft GmbH (WTW), die wir vor einem Jahr gegründet haben schreibt zwar noch keine schwarzen Zahlen ist jedoch auf einem guten Weg. Allerdings bleibt abzuwarten bis die ersten Jahresabschlüsse da sind, wo sie tatsächlich steht und welche Entwicklung zu erkennen ist.

Die im Haushalt vorgesehenen Mittel zur Förderung des Tourismus scheinen gut angelegt zu sein. Kritisch zu sehen ist allerdings, die geplante Outdoor Eisfläche. **Hier ist sicher zu stellen, wie hoch neben der Investitionssumme von 100.000.- € die Folgekosten sind. Und auch die Frage des Betreibers muss eindeutig geklärt sein bevor die Mittel fließen.**

„Tourismusförderung ist Wirtschaftsförderung“ sagt unser Tourismusdirektor Beckmann und verweist auf die Erfolge dieser expandierenden Branche. Leider hinterlässt dieser Tourismus aber auch seine Spuren.

Im letzten Jahr hatte ich in meiner Haushaltsrede eine umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung des Tourismus eingefordert.

Nun - ein Blick auf unsere Skigebiete zeigt, dass dies nicht wirklich umgesetzt wurde. Im Nachklang der Dezembersitzung kann ich die Kritik von Hans-Walter Schneider an der Gestaltung des Landal- Parks durchaus nachvollziehen. Sicher, die vertraglichen Vereinbarungen wurden eingehalten aber es wurden uns hier im Ratssaal auch Ansichten präsentiert, die so nicht realisiert wurden.

### **Herr Beckmann, meine Damen und Herren,**

was nutzt das schönste Tourismuskonzept, wenn gebaut wird was die Kelle hergibt?

Genehmigt oder nicht genehmigt spielt da anscheinend keine Rolle. Und meine Damen und Herren, ich spreche nicht nur von der Büre. Ich erinnere mich auch an rote Dächer im Bremberg und an manch anderes Gebäude im Außenbereich. Nun lässt sich sicher über Geschmack streiten aber spätestens, wo die

Gestaltungssatzung verletzt wird und Ordnungswidrigkeiten begangen werden ist die Verwaltung gefordert auf deren Einhaltung zu achten.

Aber auch wir Ratsmitglieder müssen darauf achten, dass umweltverträgliche, ansprechende Gebäude auch in den Außenbezirken unserer Stadt entstehen.

Es ist der Grund und Boden aller Winterberger Bürger, der den wirtschaftlichen Erfolg auf Skipisten ermöglicht. Dies bedeutet aber auch eine Verpflichtung sowohl von uns, wie aber auch von den Pächtern, gegenüber dieser Öffentlichkeit. Ein städtebaulicher Vertrag, wie wir Ihnen hier später noch beraten ist ein gutes Mittel diesen Einfluss auch verbindlich zu regeln.

Noch ein Wort zu den Skipisten. Ich war am Samstag vor 2 Wochen im Skiliftkarussell Winterberg Skilaufen. Und obwohl angeblich wenig Betrieb war, hatte ich den Eindruck, dass die Liftkapazitäten schon jetzt höher sind, als sie die Pisten vertragen. Der geübte Skifahrer ist hauptsächlich damit beschäftigt Kollisionen mit den Freunden aus den Niederlanden zu vermeiden. Diese Tatsache und die mögliche Anbindung des Terrains der Bobbahn ist der einzige Grund weshalb die SPD Fraktion die geplante Erweiterung des Skigebiets unterstützt.

Aber wir sehen durchaus auch die Probleme, die mit dem fortschreitenden Ausbau des Skiliftkarussells auf die anderen Skigeiete innerhalb unserer Stadt zukommen werden. Mit der Verbesserung der Infrastruktur gewinnt das Skiliftkarussell-Winterberg an Attraktivität und setzt die nicht so leistungsfähigen Anbieter unter Druck.

**Hier gilt es den Skibus-Betrieb auszubauen und zu stärken. Einen entsprechenden Antrag haben wir vor einigen Tagen in den Bauausschuss eingebracht. So kann zumindest Alt- und Neuastenberg unproblematisch und verkehrsfreundlich erreicht werden.**

**Meine Damen, meine Herren,**

es ist unsere Pflicht unseren Kindern bestmögliche Entwicklungschancen zu bieten und optimale Lernmöglichkeiten zu schaffen. Auch in diesem Jahr stehen rund 1,6 Millionen € im Haushaltsentwurf, die für Schulen und Bildung und die notwendigen Fahrtkosten vorgesehen sind. Es war richtig den Schulzweckverband des Gymnasiums zu gründen und der Verbundschule einen Realschulzweig anzugliedern. Alle Winterberger Kinder finden jetzt innerhalb unserer Stadt eine Schule, an der sie entsprechend ihren Neigungen und Fähigkeiten lernen können.

Ob diese Angebot einer Verbundschule auf Dauer bestehen kann, bleibt abzuwarten. Aber wir müssen alles tun um ein ansprechendes Schulangebot in unserer Stadt zu halten. Vielleicht sollten wir in Zukunft aber auch einmal über eine Gesamtschule nachdenken.

**Mittelfristig wird geplant am Gymnasium eine neue Sporthalle zu errichten. Dies wird nicht gehen ohne Abstriche beim Schulbaukonzept oder bei den Schulpauschalen vorzunehmen. Eine zusätzliche Verschuldung von 800.000 € in 2 Jahren halten wir für inakzeptabel. Hier sind wir, wenn es zu einer Umsetzung kommen sollte, auf die Vorschläge des Bürgermeisters zur Finanzierung gespannt.**

**Herr Bürgermeister, Sehr geehrte Damen und Herren,**

die SPD Fraktion freut sich sehr über die Aktivitäten des Jugendparlaments und die Entstehung der „kleinen Offenen Tür“ in den Räumen der ev. Kirchengemeinde. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten und bei Pfarrer Gleibe für die Möglichkeit hier außerschulische Jugendarbeit zu entwickeln.

Im Namen der SPD Fraktion bedanke ich mich aber auch bei allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, die ehrenamtlich in Vereinen wirken oder durch bürgerliches Engagement dazu beitragen, unser Gemeinwesen zu erhalten oder zu verbessern.

Besonders bedanke ich mich bei den Teilnehmern in den Arbeitskreisen zum demographischen Wandel. Dieses Engagement trägt unmittelbar dazu bei die Lebenssituation in unserer Stadt zu verbessern. Die Ersten Ergebnisse werden umgesetzt und fließen in die Ratsarbeit ein. Die Haushaltsmittel hierfür sind gut angelegtes Geld und tragen hier Früchte.

Im Haushaltsplan 2012 wird ehrenamtliche Arbeit und bürgerliches Engagement zu recht mit den uns möglichen Mitteln unterstützt. Wie beinahe jedes Jahr nimmt unsere freiwillige Feuerwehr hierbei eine herausragende Stellung ein. Aber es ist auch beeindruckend, wenn man sieht, mit welchem Einsatz hier gearbeitet wird. Das neue Feuerwehrhaus in Siedlinghausen ist da ein Beispiel. Schön ist auch die erfreuliche Entwicklung unserer freiwilligen Feuerwehren.

Den Feuerwehren gelingt es, trotz demografischem Wandel die Mitgliederzahlen zu steigern. Auch habe ich gehört, dass Kameraden, die in Winterberg arbeiten aber aus anderen Gemeinden kommen ebenfalls im Notfall einsatzbereit sind und mithelfen. Das nenn ich mal unkomplizierte Kommunale Zusammenarbeit. Ein großes Kompliment und der Dank der SPD Fraktion an Wolfgang Padberg und die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr.

Interkommunale Zusammenarbeit ist ein Stichwort auf das ich kurz eingehen möchte. Dahinter verbergen sich ja Sparmöglichkeiten die es zu nutzen gilt. Ein Stück voran gekommen sind wir aufgrund der Initiative des Hallenberger Bürgermeisters Michael Kronauge, der im November letzten Jahres die verantwortlichen Akteure der Städte Medebach, Hallenberg und Winterberg eingeladen hatte.

**Erste Schritte dieser Zusammenarbeit sind in der WTW und in Projekten des Bauhofs erfolgt. Aber auch andere Teile der Verwaltungstätigkeiten sollten überprüft werden und gegebenenfalls gemeinsam effektiv genutzt werden.**

Um Effektivitätsgewinn sollte es auch beim zentralen Gebäudemanagement gehen. Dies können wir leider anhand der Kennzahlen nicht sehen. Die Energiekosten und die Unterhaltskosten insgesamt haben sich in den letzten Jahren anscheinend nicht wesentlich verändert, sieht man von dem Abriss der Turnhalle der Hauptschule einmal ab.

**Die Frage an die Verwaltung ist, ob auch hier durch die Gründung einer gemeinnützigen GmbH bei den Bau- und Unterhaltungskosten durch die Einsparung der Mehrwertsteuer Vorteile entstehen?**

Wenn dem so ist, kann dauerhaft bei Bau und Unterhaltung von städtischen Gebäuden gespart werden. Auch die KfW bietet den Kommunen verbilligte Darlehen zur energetischen Sanierung an. Wir gehen davon aus, dass diese auch bei den Bauvorhaben an städtischen Gebäuden berücksichtigt werden. Ist dies nicht der Fall, müssen entsprechende Anträge auf den Weg gebracht werden.

Dass Gesellschaften in kommunaler Trägerschaft erfolgreich sein können, beweisen unsere Stadtwerke. Hier gelingt es seit Jahren, die Gebühren für Wasser konstant niedrig zu halten.

Auch der Forstbetrieb erwirtschaftete im Jahre 2010 ein ausgezeichnetes Ergebnis von mehr als 2 Millionen € Dieses gute Ergebnis, von dem 1,5 Millionen € in den Haushalt einfließen zeigt, wie wichtig es ist, mit den uns anvertrauten Ressourcen nachhaltig und sorgsam umzugehen.

**Dies gute Ergebnis des Forstbetriebs sollte aber auch gesichert werden, indem man in qualifizierte Mitarbeiter investiert und Ausbildungsplätze für Forstwirte schafft. Ausbildung sichert Qualität und bietet Jugendlichen in unserer Stadt Perspektiven. Wir fordern den Forstbetrieb auf, auch auszubilden.**

Herr Bürgermeister,

Sehr geehrte Damen und Herren

In wenigen Wochen wird im Kurpark das „Oversum“ eröffnet. An diesem Projekt haben Rat und Verwaltung in den letzten Jahren regelmäßig und in den letzten Monaten intensiv gearbeitet. Es ist gelungen trotz, der schwierigen Haushaltslage mit dem Schwimmbad und der Stadthalle ein Angebot zu schaffen, das der Bürgermeister als „Leuchtturmprojekt“ bezeichnet hat.

Für mich bleibt es allerdings eher ein Ei. Ich hoffe, dass es kein Kuckucksei war, das wir uns ins Nest gelegt haben.



Vielleicht - und das will ich gerne glauben war es ja wirklich das Ei des Kolumbus, mit dem es uns gelingt auf Dauer die Attraktivität unserer Stadt zu sichern. Diese Investition in die Zukunft ist aber auch eine Verpflichtung.

**Betreiber, im Tourismus Engagierte, Rat und Verwaltung, Gäste und alle Einwohner sollten dazu beitragen das Oversum zum leuchten zu bringen.**

**Es liegt an uns allen, den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt den Erfolg dieses Projekts sicher zu stellen. Nutzen wir die Angebote, die uns das Leben in Winterberg mit seinen Dörfern bietet.**

**Meine Damen, meine Herren**

**„Besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will, und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll“**

(Willy Brandt)

Mit diesen, oft zitierten Worten von Willy Brandt will ich meine Rede schließen.

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,**

**Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen**

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

Während unserer Klausurtagung und in den letzten Fraktionssitzungen haben wir uns mit dem Haushaltsplan 2012 und seinen Anlagen beschäftigt. Wir stimmen diesem Entwurf für 2012 und der mittelfristigen Finanzplanung zu.

Im Namen der SPD Fraktion bedanke ich mich bei allen, die an der Erstellung dieser Haushaltspläne mitgearbeitet haben.

Vielen Dank auch für das aufmerksame Zuhören!

Winterberg, 22.03.2012

Harald Koch

Vorsitzender